

«Im Vordergrund stehen nicht Zahlen, sondern Eignung und Fähigkeiten»

Jörg Kündig, Präsident der Zürcher Gemeindepräsidenten, zur Lage der Milizpolitik

Der von Avenir Suisse vorgeschlagene Bürgerdienst belebe die Debatte, sagt der Präsident des Zürcher Gemeindepräsidentenverbands und Gossauer FDP-Kantonsrat Jörg Kündig.

Ist es wirklich schwieriger geworden, Behördenämter zu besetzen?

Aufs Gesamte gesehen ja. Im Kanton Zürich sind die Besetzungen zwar oft mit Mühe verbunden, noch aber gelingen sie. Ausserdem ist es eine Frage der Behörde, die zu besetzen ist. Am wenigsten Schwierigkeiten bereitet die Besetzung der Parlamente sowie der Exekutiven in Städten, Gemeinden und Bezirken, wie regelmässige Kampfwahlen zeigen. Allerdings gibt es zunehmend Gemeinden und Städte, in denen die Vakanzen in der Exekutive gerade noch besetzt werden können. Bei anderen Behörden wird es mühevoller, Kandidatinnen und Kandidaten zu finden. Es geht aber nicht nur um Zahlen; zu berücksichtigen sind auch Know-how und Befähigungen. Problematisch ist zudem, wenn Kandidatinnen und Kandidaten den Aufwand zeitlich und inhaltlich falsch einschätzen. Das führt nicht selten zu Drop-out-Situationen.

Warum hat sich der Aufwand erhöht?

Die Geschäfte und Themen sind komplexer und vielfältiger geworden. Die Behörden wurden zahlenmässig bewusst reduziert, was automatisch zu Mehraufwand führt. Die stärkere, auch sichtbare Verantwortung und Exponiertheit führt zu mehr Detailarbeit und fordert vertiefte Sachkenntnisse. Das bringt Mehraufwand. Ausserdem fordern die zahlreichen Gremien mit entweder ähnlich gelagerten Aufgaben oder mit abgespaltenen Teilaufgaben einen erhöhten Bedarf an Koordination und Absprachen. Dazu zählen auch die Besprechungen mit übergeordneten Instanzen. Zu beachten ist ferner, dass der Beruf immer mehr in den Freizeitbereich überschwappt, mit dem Smartphone ist man immer erreichbar. Es bleibt oft kaum mehr Raum für eine Behördentätigkeit, wenn man nicht ganz auf Freizeit verzichten will.

Avenir Suisse stellt jetzt eine Art Dienstpflicht für politische Ämter zur Debatte. Wäre das eine Lösung?

Das Modell einer allgemeinen Dienstpflicht ist nicht neu, bisher wurde es vor allem im Bereich der Freiwilligenarbeit

thematisiert. Es kommt auf die Ausgestaltung an: Kann man sich freikaufen wie mit dem Militärpflichtersatz? Ausserdem verfügen ja nicht alle Personen über die passenden Voraussetzungen, also muss auch eine qualitative Komponente mit einbezogen werden. Der Ansatz von Avenir Suisse ist aber insofern bedenkenswert, als er die Bedeutung unseres Milizsystems unterstreicht und möglicherweise die eine oder andere Persönlichkeit dazu veranlasst, sich zur Verfügung zu stellen. Solche Verpflichtungen wären indessen nur ein Element aus einem ganzen Bündel an notwendigen Massnahmen.

Haben sich die wesentlichen Anforderungen an Milizpolitiker verändert?

Ja. Neben der Verfügbarkeit – auch zur Unzeit – und der Fähigkeit, in schwierigen Situationen zu vermitteln und sich behaupten zu können, ist gerade bei Exekutiven das vernetzte Denken wichtiger geworden. Nicht zu unterschätzen sind auch Bereitschaft und Zeit, sich das nötige Fachwissen zu erarbeiten.

Ist der Gestaltungsspielraum in der Gemeinde kleiner geworden?

Ja, nationale oder kantonale Vorgaben engen stärker ein als noch vor Jahren. Spannend sind vor allem jene Bereiche, in die eigene Ideen einfliessen können, wo Behörden wirklich gestalten können. Es gibt aber eine Tendenz, dass die Kommunen zu reinen Vollzugsorganen werden. Die Stärkung von Verwaltung und Beratern hängt zusammen mit der bewussten Einengung des Spielraumes auf lokaler Ebene, Zeitmangel und wachsender Komplexität der Materie. Nach wie vor aber sind «dorftypische» operative Geschäfte recht dominant in der Arbeit der Behörden.

Gibt es eine sinkende Bereitschaft von Arbeitgebern, die Belastung durch ein Behördenamt abzufedern?

Generell ist das schwierig zu beurteilen. In der Regel aber erwarten Arbeitgeber von Behördenmitgliedern, dass sie ihr Arbeitspensum in der Firma formell reduzieren. Ich kenne auch Fälle, in denen sich Exekutiv-Behörden-Mitglieder für oder gegen den Beruf entscheiden mussten. Die administrative Unterstützung durch einen Arbeitgeber hängt meist von der Funktion des Mitarbeiters in Behörde und Betrieb ab. In der Regel ist es ein Unterschied, ob der Chef Nationalrat oder ein Kadermitarbeiter Gemeinderat ist. Grundsätzlich ist die administrative Unterstützung Sache der

Gemeindeverwaltung.

Spürt man eine Zurückhaltung von Gewerbetreibenden, weil es bei Aufträgen aus der Gemeinde selbst öfter als auch schon kritische Kommentare gibt?

Auch das ist immer wieder ein Thema. Wer in einer Behörde sitzt und bei dieser die Offerte für einen Auftrag einreicht, exponiert sich. Das ist selbst dann der Fall, wenn eine Behörde zeigen kann, dass es keinen Ausschluss für Offertstellung und Auftragsvergabe gegeben hat.

Hat sich das Prestige verändert?

Die Wertschätzung ist nicht mehr gleich wie früher. Ein Behördenamt allein bietet nicht mehr Gewähr für Respekt. Kritisiert zu werden, ist fast selbstverständlich geworden. Ich habe den Eindruck, auch Tonlage und Instrumentarium hätten sich verändert. Der Umgangston ist härter geworden, und die Medien – auch die neuen Medien – verstärken die Wirkung der Kritik und werden auch entsprechend eingesetzt. Schliesslich hat auch die Bereitschaft zugenommen, die eigenen Interessen gegen Behördenentscheide juristisch durchzusetzen.

Kann ein Gemeindepräsidium dennoch attraktiv sein?

Gerade in der Vielfalt liegt die Attraktivität: von repräsentativen Aufgaben über Gespräche mit Einwohnerinnen und Einwohnern bis hin zu Verhandlungen mit übergeordneten Stellen. Gefragt sind Überzeugungsarbeit, Durchsetzungsvermögen und auch diplomatisches Geschick. Vor diesem Hintergrund ist für mich das Amt eines Gemeindepräsidenten herausfordernd, spannend und intensiv geblieben.

Interview: Florian Sorg